

In Griechenland haben sich fünf Bürgermeister mit einem Offenen Brief gegen die Politik der pauschalen Entlassungen gestellt, die von der Regierung Samaras/Venizelos betrieben wird und letzte Woche im Parlament abgesehnet wurde. Verfasser des Offenen Briefes sind die Bürgermeister der beiden Großstädte Athen (1,2 Millionen Einwohner) und Thessaloniki (810 000), der drittgrößten griechischen Stadt Patras (200 000) der sechstgrößten Stadt Volos (130 000) und der neuntgrößten Ioannina (90 000).

Die Initiative fand in der griechischen Öffentlichkeit aus zwei Gründen große Beachtung. Erstens ist sie ein Anzeichen dafür, dass sich der Konflikt zwischen der Zentralregierung und den Kommunen im Zuge der Krise und der Sparprogramme weiter verschärft. Zweitens könnte angesichts des politischen Profils der fünf Bürgermeister auch eine neue politische Kraft auf nationaler Ebene entstehen. So erklärte der Bürgermeister von Volos, Panos Skotiniótis, die Gruppe der Fünf sei natürlich keineswegs politisch neutral und ihre Initiative könnte zur Gründung einer neuen gesellschaftlich-politischen Koalition führen.

Allen fünf Bürgermeistern ist gemeinsam, dass sie auf Initiative lokaler Wahlbündnisse gewählt wurden, die das politische Spektrum von Links bis Mitte-Links abdecken. Sie waren aber ausdrücklich keine Parteikandidaten und haben öffentlich die Klientelwirtschaft der etablierten Parteien kritisiert. Die fünf sind seit den Kommunalwahlen vom November 2010 im Amt, die bereits unter dem Eindruck der ökonomischen Krise stattfanden.

Giorgos Kamínis (zuvor als "Ombudsman" ein eher ohnmächtiger Anwalt der Bürger gegenüber dem Staat) kandidierte als Unabhängiger in Athen, wurde aber auch von der Pasok, den Ökologen/Grünen und der linkssozialdemokratischen Dimar unterstützt;

Yiannis Boutáris wurde von der „Initiative für Thessaloniki“ getragen, aber auch von den Ökologen, der Dimar und (im letzten Augenblick) von der lokalen Pasok unterstützt;

Yiannis Dimarás wurde in Patras, einer traditionellen Pasok-Hochburg, von einem unabhängigen Wahlkomitee nominiert und von der Syriza und der Dimar unterstützt; er siegte im zweiten Wahlgang überraschend gegen den Pasok-Kandidaten;

Panos Skotiniótis, lange Jahre in linken Parteien engagiert, wurde in der thessalischen Hafenstadt Volos von der unabhängigen Bürgergruppe „Demokratische Föderation“ nominiert und vor Ort von der Pasok und der Dimar unterstützt;

Philippos Filios, 2009 Parlamentskandidat der Syriza in Ioannina, stützte sich bei der Wahl zum Bürgermeister der Hauptstadt des Epirus auf ein breites linkes Wählerbündnis.

Als Gruppe sind die fünf Bürgermeister zum ersten Mal vor einem Monat aufgetreten, als sie vor dem wachsenden Rassismus in der griechischen Gesellschaft warnten und die Kommunen zu einer „koordinierten Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit“ aufforderten. Der Offene Brief vom 23. Juli hat folgenden Wortlaut:

Reform der kommunalen Selbstverwaltung jetzt!

In einer Zeit, da die tagtäglichen Probleme in den Städten sich multiplizieren und immer komplexer werden, gebieten die Erfordernisse einer zeitgemäßen Regierung und politischen Repräsentation, dass die örtliche Selbstverwaltung gestärkt wird: durch vermehrte Zuständigkeiten, mehr Finanzmittel und eine größere Autonomie. Und dies vor allem deshalb, weil die kommunale Selbstverwaltung die räumlich nächste, am leichtesten zugängliche und effektivste Institution für die Bürger und ihre Probleme ist.

In unserem Land geschieht jedoch genau das Gegenteil. Das jüngste Beispiel ist die Entscheidung über die Abschaffung von Dienstleistungen und die Entlassung von Beschäftigten (kommunale Polizei und Wachpersonals in Schulen), die auf den harten Kern der ureigenen Zuständigkeiten der Kommunen zielt. Damit hat die Attacke auf die Selbstverwaltung der Gemeinden seitens der Regierung eine neue Qualität erreicht. Die Art und Weise, wie die zentrale Exekutive des Landes die Kommunen und die Bürgermeister behandelt, stellt einen reaktionären Rückschlag dar, der tiefe Besorgnisse über die Absichten und Ziele der Regierung auslösen muss.

Die kommunale Selbstverwaltung wird offenkundig wie ein Bittsteller, wie der arme Verwandte des Zentralstaats behandelt, weshalb dieser den Kommunen nach Belieben und über Nacht – und ohne jede Planung – einfach Kompetenzen entziehen, Gelder streichen und kommunale Beschäftigte entlassen kann. Damit stellt der Zentralstaat ganz unverhüllt die kommunale Selbstverwaltung als Institution der lokalen öffentlichen Gewalt in Frage.

Auf der anderen Seite wächst auch der reformfeindliche Populismus gewisser politischer Kräfte, die zwar vorgeben, für Reformen einzutreten, die aber in Wirklichkeit gar keine wollen und jegliche Veränderung blockieren. Diese Kräfte sind die Prediger des Stillstands. Aber auch die Kommunalverwaltungen und ihre Repräsentanten sind nicht frei von Schuld. Auch sie waren häufig in das Geflecht von politischer Patronage, Klientelismus und Selbstbedienung der Parteien verstrickt.

Eine Erscheinungsform dieses Geflechts ist auch die Extremform eines Syndikalismus, der auf die Methoden von Gewalt und „Randale“ setzt. Solche Aktionen werden auch von einem Teil der gewerkschaftlichen

Führung unterstützt; auch diese Kräfte wollen den Stillstand perpetuieren, um die engen Interessen einer kleinen Gruppe zu erhalten, und zwar auf Kosten der übrigen arbeitenden Bevölkerung und der Gesellschaft insgesamt.

Jetzt und nicht später, heute und nicht morgen, müssen wir mit Bedacht und Verantwortungsbewusstsein, mit einem Plan und der nötigen Kampfbereitschaft gegen die feindliche und arrogante Haltung der Regierung mobil machen, zugleich aber auch gegen die populistische, reformfeindliche Unbeweglichkeit in unserem eigenen Haus, in der kommunalen Selbstverwaltung.

Jetzt ist die Stunde gekommen, um ein mutiges Reformkonzept für die kommunale Selbstverwaltung zu entwerfen – zum Nutzen der Bürger und der Beschäftigten, und letzten Endes um der Funktionsfähigkeit unserer Städte und des ganzen Landes willen. Ein solches Konzept, das die Wiederherstellung der Würde und der Selbständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung institutionell absichern muss, ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft auf örtlicher wie nationaler Ebene wieder auf die Beine kommt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt und die Lebensqualität der Bürger verbessert wird.

Mit dieser Zielrichtung intensivieren wir unsere Beziehungen und unsere gemeinsamen Bemühungen. Wir werden unverzüglich die Initiative ergreifen und mit umfassenden Vorschlägen dazu beitragen, die entscheidenden Probleme unserer Städte anzugehen. Wir werden dabei vorrangig die gesellschaftspolitischen Probleme angehen und uns bemühen, die Leistungen für die Bürger zu verbessern und zugleich neue, alternative Formen der Finanzierung für die Gemeinden zu entwickeln.

Giorgos Kamínis, Bürgermeister von Athen

Yiannis Boutáris, Bürgermeister von Thessaloniki

Yiannis Dimarás, Bürgermeister von Patras

Panos Skotiniótis, Bürgermeister von Volos

Philippos Fílios, Bürgermeister von Iannina.
